

• PoE-Darmstadt Forum

Beiträge aus der Leserschaft zum Redaktionsimpuls „Demokratie-Demontage auch hier“ von Uwe Langbein aus der Infomail 5/2025:

Ich muss deutliche Kritik anmelden in zwei Punkten: 1. Die sogenannte "Befürworter eines Kräftemessens" im Ukraine-Krieg haben sich zuletzt sehr heftig um diplomatische Einhegung des Konflikts bemüht. Dabei hat sich deutlich gezeigt, dass Russland nicht mitspielt. Die andere Seite, also die ganzen Manifestler und "Friedens"-Freunde haben bis heute nicht dargelegt, wie sie Putin dazu bringen wollen, die Aggression zu beenden. 2. Dass die Aufrüstung sozusagen am Volk vorbei passiert, weil dem Militär demokratische Prozesse zu lang sind, grenzt an Verschwörungsgeschwurbel. Man kann zur aktuellen Aufrüstung stehen wie man will - aber Intransparenz oder Heimlichkeit kann man dabei der Regierung nicht vorwerfen. Eher schon, dass sie keine anderen Ideen hat, denn Aufrüstung allein - da sind wir uns vermutlich einig - wird uns keine nachhaltige Sicherheit bescheren.

Dirk Kerber, Darmstadt

Die Gefahr, die die gegenwärtig gewünschte Aufrüstung mit sich bringt, wird in dem Artikel von Uwe Langbein deutlich dargestellt. Dass das Aufrüsten dem Frieden dienen kann, hat sich gerade in der jüngeren deutschen Geschichte als gefährlicher Irrweg herausgestellt und ist mehrfach in Krieg und Zerstörung geendet.

Wie Demokratie umgeformt wird, wie demokratische Institutionen übergangen werden und autoritär über Waffenlieferungen, letztlich über Krieg und Frieden entschieden wird, lässt sich an der Politik der USA aktuell gut nachvollziehen. Dort dominiert ein demokratisch gewählter Präsident das innen- und außenpolitische Geschehen und stellt die internationale Ordnung und vor allem das Völkerrecht auf den Kopf. Auch in der Bundesrepublik werden zunehmend Versuche der Reflexion politischer Prozesse eher als störend empfunden. Gerade am Krieg in der Ukraine zeigt sich, dass Gespräche und Verhandlungen in den Hintergrund treten und Waffenlieferungen die primäre Unterstützung bilden. Deutlich wird dies auch am Begriff der Staatsräson, der eine vernünftige Diskussion über die gegenwärtige Politik und den Krieg Israels in Gaza unterbindet. Kritik ist unerwünscht. Die Demokratie steckt in einer Krise, wenn demokratische Entscheidungsprozesse mehr und mehr auf Wahlen reduziert werden und den gewählten Vertretern freie Hand lassen, wenn Differenzierungen wegfallen, Argumente gegen Aufrüstung und gesellschaftliche Verschuldung als naiv abgetan werden. Demokratisch geführte Entscheidungsprozesse sind immens wichtig!

Ingrid Merlau, Bickenbach

Es geht am langen Ende doch eher nicht darum, wer was will und den Weg dahin schuldig ist, sondern . . . wie/womit ist dem derzeit herrschenden System ein Ende des Überfalls auf seinen Nachbarn erfolgreich abverlangbar. Und das bitte bei einer respektablen Wiedergutmachung. Die Angehörigen der Toten und vielen Verwundeten auf beiden Seiten stünden dann immer noch unberücksichtigt da. Gespräche und Verhandlungen mit der Einleitung, wer Schuld sei oder hat, sind meines Erachtens nach restlos vergeblicher Einsatz auf beiden Seiten.

Dieter Schröder, Darmstadt

... Auf der Suche nach Auswegen ist auch der Soziologe Hartmut Rosa. [In diesem Interview](#) („Kriegstüchtigkeit heißt: Besser darin werden, Menschen umzubringen“) beschreibt er die sensiblen Mechanismen zwischen Sprache und Haltung, Mut und Resignation, die auch unsere persönliche Suche nach Auswegen bestimmen. ...

Uwe Langbein, Bickenbach